Dr. Angelika Prehn will sich künftig stärker auf ihre Arbeit als KV-Chefin in Berlin konzentrieren. **7**

Blick über die Schulter

Am Sonntag ist der Tag der Gesundheitsforschung. Bundesweit geben Forscher Einblicke in ihre Arbeit. **7**

Auf den Mix kommt es an

Der richtige Leistungsmix ist eine Überlebensfrage für Kliniken, so die Meinung von Klinikberatern. **8**

MEDIZIN

Mehr resistente Kopfläuse

Seit einigen Jahren steigt der Bedarf an Präparaten gegen Kopfläuse. Dimeticon-Präparate wirken nach einem ungewöhnlichen Prinzip. **9**

Neue Asthma-Leitlinie

Eine neue internationale Leitlinie empfiehlt bei Kindern in erster Linie die Behandlung mit inhalativen Kortikoiden oder Leukotrienrezeptor-Antagonisten. **11**

WIRTSCHAFT

Malergenie für Hessen gesucht

Die Landtagswahl in Hessen erfordert nun einen begabten Farbenmischer, meint unser Kolumnist Ironius. **12**

PANORAMA

Kein Alkohol in der Nacht

In Baden-Württemberg darf künftig an Tankstellen nachts kein Alkohol mehr ausgeschenkt werden. **16**

ÄRZTE ZEITUNG Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 20 02 51
63077 Offenbach

Leser-Service:
Tel.: (0 61 02) 50 60
Fax: (0 61 02) 50 61 77

Verlag:
Tel.: (0 61 02) 50 60
Fax: (0 61 02) 50 61 23

Redaktion:
Tel.: (0 61 02) 50 60
Fax: (0 61 02) 58 87 0

Internet:
E-mail: info@aerztezeitung.de
w.aerztezeitung.de

Zs. B 2609 IX
ZB MED

die Zahl der Angestellten in den Jahren 2002 bis 2005 um 6000 verringert. Die Bezahlung sei skandalös.

Verdi fordert für die 1,3 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen Lohnerhöhungen von acht Prozent. Das Angebot der Arbeitgeber sieht Anhebungen von fünf Prozent und eine Verlängerung der Arbeitszeit vor. Bis zum 22. Februar will Verdi zu weiteren Ausständen aufrufen. Am 25. Februar setzen die Tarifparteien die Verhandlungen fort.

In Nordrhein-Westfalen haben

Zuwenig Freizeit, zuviel Arbeit: In München und vie gestern tausende Klinikmitarbeiter auf die Straßen g

nach Verdi-Angaben Beschäftigte von mehr als 50 Kliniken und Altersheimen die Arbeit niedergelegt. In Niedersachsen und Bremen beteiligten sich Mitarbeiter von 21 Kliniken an den Warnstreiks, an weiteren 19 Krankenhäusern fanden Protestaktionen statt. In Bayern legten gestern über 5500 E munalen K der. In Hess ten von üb stand. Einig nach Anga ausfallen. I jedoch in a tet.

Anstellung statt Praxispartner

NEU-ISENBURG (eb). Mit der Anstellung eines jungen Kollegen statt der Beteiligung eines Partners an der Praxis können sich Praxischefs mehr Freiräume erhalten. Das Praxisbudget kann sich durch diese Strategie deutlich vergrößern. **Siehe Seite 12**

Kritik an Bedarfsp

Studie: Unterversorgung auch in Me

BONN (ric). Auch in Gebieten, die als überversorgt gelten, gibt es Ärztemangel: Eine Studie der Universitäten Bonn hat jetzt festgestellt, dass der Rhein-Erft-Kreis westlich von Köln zwar als erheblich überversorgt gilt, was die Zahl niedergelassener Ärzte anbelangt. Innerhalb teilung der einheitlich. munen, die pole Köln e teils ein de etwa bei d dern.

Bundestag uneins über Sta

Grundsatzdebatte im Bundestag / Parteiübergreifend extreme M

BERLIN (fuh) Der Deutsche Bundestag hat gestern in einer Grundsatzdebatte über Änderungen des Stammzellgesetzes diskutiert. Dabei sind parteiübergreifend große Meinungsunterschiede deutlich geworden.

Der SPD-Abgeordnete Rene Röspel forderte eine einmalige Verschiebung des Stichtags für die Einfuhr embryonaler Stammzellen. Diese Position wird von mehr als 180 Abgeordneten parteiübergreifend mitgetragen.

Nach geltendem Recht dürfen in Deutschland bisher nur solche Stammzellen zu Forschungszwecken eingesetzt werden, die vor dem 1. Januar 2002 im Ausland gewonnen worden sind. Diese Auflage reicht allerdings nach Ansicht der meisten Wissenschaftler nicht aus, um eine moderne biomedizinische Forschung zu ermöglichen. Deshalb plädierte die FDP-Abge- ordnete Ul satzlose St tags. Ihr An 100 Parlam

Überhau bedarf siel von Abgeo zellforsche ne Heilser nicht erfü (Grüne). I sich 130 Al sen. 35 wei